

erschient wöchentlich
einmal: Freitags.
Mangel: Die fünfgehaltene
Beitrag 40 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Tabelleinhalt.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspre-Liste.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-V.)

Nr. 24

Berlin, den 13. Juni 1913

24. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an M. Schumacher, Greifswalder Straße 221/23,
Geldsendungen an W. Zietke, Greifswalder Straße 221/23, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Inhaltsverzeichnis. Friede im deutschen Wirtschaftsleben! — Frauen und Organisation. — Die Stellung der Behörden bei Arbeitskämpfen. — Bodenreform und Sozialismus. — Der Stillstand der Sozialdemokratie. — Rundschau: Am Arbeitsmarkt der deutschen Großstädte. Wesentliche Abstimmung im Deutschen Holzarbeiterverband. Die Zahlstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes behält ihren erhöhten wöchentlichen Beitrag von 1,25 M. bei. Die einigungsamtliche Tätigkeit der bayerischen Gewerbegerichte 1912. Wirtschaftsfriede. Auf dem Wege zur Halbhunderterschule. Kinematograph und Berufswahl. Arbeiterversicherung und Armenlasten. Er zahlte nicht gern. Ein Wesenstanz. Gegen den Schnaps im Heere. — Putentischau. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Danzig. Duisburg. Siegen. — Lohnbewegung. — Literarisches. — Adressenänderungen. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Friede im deutschen Wirtschaftsleben!

So könnte man ausrufen, wenn man die Abschlüsse der drei großen Tarifbewegungen im Holz-, Bau- und Malergewerbe in Betracht zieht. Von einem Frieden im wahren Sinne des Wortes wird man kaum reden können. Unsere ganze Wirtschaftsordnung macht uns den Kampf ums Dasein so schwer, daß Kämpfe um die Lebenshaltung und Daseinsberechtigung unausbleiblich sind. So lange unser Staat von einer Klasse von Leuten regiert wird, die nur das eigene Wohl im Auge haben, ist an eine Besserung nicht zu denken. Der Ausfall der Wahlen zum Abgeordnetenhaus gibt uns auch zu keinen Hoffnungen Anlaß. Wenn auch eine kleine Verschlebung nach links unzweifelhaft stattgefunden hat, so hat dieselbe doch nicht die Bedeutung, da die Majorität der Rechten ohne weiteres sichergestellt ist. Auf das Kultur- und arbeiterfeindliche Zentrum darf man sich schon gar nicht verlassen. Trotz alledem kann man es begrüßen, daß endlich auch der Vertragsabschluss im Bau- und Malergewerbe, wenn auch nach schwierigen Kämpfen und Verhandlungen, vollzogen ist. Die Wunden, die hierbei geschlagen sind, werden nicht umsonst gewesen sein. Man wird beiderseits seine Lehren daraus gezogen haben. Die Arbeiterschaft hat schon längst eingesehen, daß ein Kampf auf beiden Seiten Spuren hinterläßt. Im Lager der Arbeitgeber gibt es immer noch genug Scharfmacher, denen als Endziel Vernichtung der Arbeiterorganisationen vorsteht. An solchen Gedanken festhalten, hieße Eulen nach Athen tragen. Ein großer Teil der Arbeitgeber hat denn auch die Nutzlosigkeit eingesehen und ist eher zu friedlicher Verständigung bereit. Einen großen Erfolg hat diese ganze große Tarifbewegung aufzuweisen, und das ist die Beachtung durch die Öffentlichkeit.

Zwar hat man in den letzten Jahren jeder größeren Bewegung durch die Presse Beachtung geschenkt; aber in dem Umfange, wie es diesmal geschah, wie man gleich anfangs diese Frage behandelt, zeigte doch, welche Bedeutung man dieser Bewegung beilegte. Als es in der Öffentlichkeit bekannt wurde, daß am 15. Februar 1913 der Vertrag für über 50 000 Holzarbeiter abließ, dem sich die Verträge der Bauarbeiter und Maler anschließten, da verging kaum ein Tag, an welchem in dieser oder jener größeren Tageszeitung darauf hingewiesen wurde, welche Summe von Nationalvermögen bei einem eventuellen Kampfe verloren gehen würde, und man forderte allen Ernstes die eingreifende Vermittlung der Regierung. Auch unsere Geschäftswelt sah mit bangen Sorgen auf die Bewegung. Es ist nur allzu bekannt, daß die Geschäftswelt nicht auf Rosen gebettet ist, und wenn nun noch ein solch großer Teil des kaufkräftigsten Publikums, der Arbeiterhand, wochen, ja monatelang seiner Kaufkraft beraubt wird, so kann man wohl die sorgenvolle Miene unserer Geschäftswelt verstehen. Das Jahr 1913 geht als ein Kriegsjahr. Die Arbeiter- und Arbeitnehmerorganisationen hatten in den Friedenszeiten gegenseitig zum Entschuldigungskampfe gewirkt. Die gegenseitige Abrechnung schien unbedenklich. Es fehlte auch nicht an Anspielungen auf den Buchdrucker, der auch erst durch einen langen, schweren Kampf erreicht worden ist. Dazu kam, daß die Organe der Arbeitgeber eine gewaltig harte Sprache führten. Demgegenüber wirkte natürlich anerkennenswert die ruhige und feste Hal-

tung der Arbeiterorganisationen. Da war von Aufregung u. dergl. nichts zu merken. Aus allem Klang immer wieder heraus: Wir sind bereit, einen friedlichen Vertrag abzuschließen, wenn derselbe das bringt, was wir notgedrungen für unsere Mitglieder verlangen müssen, wir sind aber auch ebenso bereit den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen, wenn es nicht anders geht.

Diese feste Haltung hat dann auch die breite Öffentlichkeit interessiert. Man sah bald ein, daß man hier nicht mit einer ziellosen Masse, sondern mit einem wohlgeschulten Heer von Arbeitern zu tun hatte. Man wußte auch, daß die Massen gerüstet dastanden, nicht wie bei dem Bergarbeiterstreik in Schlesien, wo die polnische Organisation die Leute aus den Betrieben zog, aber nicht imstande war, nur einigermaßen die Familienväter finanziell zu unterstützen. Derartige Vorkommnisse sind nicht dazu angetan, das Ansehen der Organisationen zu heben. So ist auch das Vorgehen dieser polnischen Organisation von sämtlichen anderen Organisationen scharf verurteilt worden. Wir haben mit derartigen Sachen nichts gemein, und wußten denn auch die Arbeitgeber bei der großen Tarifbewegung, daß die beteiligten Arbeiterorganisationen wohl imstande waren, ihre Mitglieder dauernd zu unterstützen. Alles dies war mit ausschlaggebend, daß die Arbeitgeber im Holzgewerbe eine friedlichere Haltung einnahmen, und dadurch ein Vertrag ohne Kampf vollzogen werden konnte. Im Baugewerbe war die Stimmung kampflustiger. Aber auch da gelang es, wenn auch unter ganz besonders schwierigen Umständen, fast zwei Monate nach Ablauf des alten Vertrages einen neuen Vertrag abzuschließen. Die Kampfstimmung der Arbeitgeber im Malergewerbe war so groß, daß sie es mit ihrer Ehre nicht vereinbaren konnten, einen friedlichen Vertrag abzuschließen. Man lehnte den von den Unparteilichen gefällten Schiedsspruch ab, um ihn nach langem, schwerem Kampfe doch anzunehmen. Mußte dieser beide Teile schwer schädigende Kampf geführt werden? War es nicht möglich, die einzelnen Scharfmacher zu beseitigen? Auch für unsere Scharfmacher im Holzgewerbe wird dieser Kampf im Malergewerbe eine Lehre sein. Derartige wichtige Kämpfe sind nur dazu angetan, das Handwerk zu ruinieren, und die Arbeiter brotlos zu machen.

Für uns Gewerksvereiner erwächst aus dieser Bewegung die dringende Pflicht, für den weiteren Ausbau unserer Organisation Sorge zu tragen, in den Zeiten des Friedens unsere Rüstung zu vervollständigen, um gegebenenfalls kriegsbereit dastehen zu können. Nur die bewaffnete Macht ringt heute Achtung ab.

Frauen und Organisation.

Die Frauen sind gegen die Organisation. So hört man einen großen Teil der männlichen Arbeiter reden, wenn sie von dem Wege zur Gewinnung neuer Mitglieder zurückkehren. Einesteils haben sie leider Recht, zum anderen Teil dürfen sie dies aber nicht auf alle meines Geschlechts anwenden, denn es gibt auch unter den Frauen vernünftige Leute. So habe z. B. ich auf meinen Mann eingewirkt, daß er sich dem Gewerksverein angeschlossen hat. Uns Frauen müßte es recht sein, wenn alle Männer organisiert wären, und es müßte uns freuen, wenn Wandel geschaffen werden könnte in den Berufen, in denen unsere Männer tätig sind, und in denen sie den Unterhalt für ihre Familie verdienen müssen. Gerade wir Frauen verspüren es noch mehr wie unsere Männer, was es heißt, mit den geringen Löhnen Haus zu halten. Es wäre für uns eine wesentliche Erleichterung, wenn die Löhne wenigstens einigermaßen solche werden, daß wir nicht immer und immer gezwungen sind, uns selbst das Allernotwendigste zu verschaffen.

Gewiß ist es bei so Manchem nicht leicht, von dem kleinen Verdienste die Beiträge zu bezahlen. Aber Opfer müssen einmal gebracht werden, wenn davon geordnet werden soll. Uns allen kann es erst besser gehen, wenn die Allgemeinheit gerade in Arbeiterkreisen gehoben wird. Will aber die All-

gemeinheit profitieren, dann muß sie vorher opfern. Und da es nicht gut möglich ist, alle auf einmal zum Opfermut zu erziehen, so muß der vernünftige Teil dem anderen nicht nur mit Worten allein, sondern vor allen Dingen durch Taten zeigen, daß unsere Verhältnisse bessere sein können, wenn wir alle gemeinsam an einem Strick ziehen. Was bedeuten diese kleinen Opfer, die der Organisation gebracht werden müssen im Verhältnis zu der Größe des Segensreiches, was damit geschaffen wird. Auch uns fiel es schwer, allwöchentlich den Beitrag zu zahlen, denn eine fünfköpfige Familie verbraucht schon etwas. Mein Mann arbeitet schon jahrelang in einem Betriebe. Brot, Fleisch alle Lebensmittel, Miete, Kleidung usw. wurden immer teurer. Der Arbeitgeber legte aber keinen Pfennig zu. Meß ein Arbeiter den Wunsch auf Lohnaufbesserung laut werden, dann konnte er glücksgewärtigt sein, am anderen Tage sich den Betrieb von draußen anzusehen. Dieser Zustand mußte einmal die schlafenden Arbeiter aufwecken. Als bei der letzten Lohnbewegung der Lohn um 1,50 M. pro Woche verbessert wurde, konnten wir dreifach dasjenige einstecken, was wir vorher der Organisation geopfert haben.

Leider gibt es noch eine Anzahl Frauen, die es nicht verstehen, daß die Männer zu Versammlungen gehen müssen, um sich dort über die Verhältnisse auszusprechen. Sie sind gewöhnt, ihre Männer zuhause hübsch eingepack in die Ecke zu stellen, wenn seine Mitarbeiter sich in den Versammlungen über die Arbeitsverhältnisse unterhalten müssen. Bringt der Mann aber wenig Lohn nach Hause, dann wird gebarnet, geklagt, ja auch geschimpft auf die schlechte Welt, die sich garnicht bessern will. Sie denken aber dennoch zum Schluß: „Gott hat bisher geholfen, und wird auch weiter helfen.“ Das ist leider, oder besser gesagt: Gottlob nicht so. Denn wenn man nur auf Gottes Hilfe bauen, und sonst nicht dazu tun müßte, dann würde auch ich meinen Mann nicht geraten haben, sich nicht zu organisieren. Dann würd er mir um rund um unsern Tisch setzen und so lange warten, bis bessere Zeiten kommen. Soll uns geholfen werden, dann dürfen wir nicht scheuen, auch selbst tätig zu sein. Manche Frauen bringen es fertig, ihre Männer abzureden, überhaupt über eine Lohnzulage zu reden, sie könnten es mit dem Arbeitgeber oder dem Werkmeister deswegen verderben. Mehr Mut, ihr Frauen! Müßt ihr euch nicht das erbärmliche Leben, das ihr wegen dem geringen Verdienste des Mannes führen müßt, Veranlassung geben, es zu bessern! In vielen Fällen kann es ja schon nicht mehr erbärmlicher kommen, als wie es schon ist. Ihr müßt etwas dreister ins Leben schauen, dadurch helft ihr auch euren Männern. Eure Ansicht überträgt sich auf dieselben und in allen Fällen werden dann Mann und Frau für den Beitritt in den Gewerksverein sein.

Arbeitet, ihr Frauen, aber auch etwas für Euren Geist. Das geht, wenn auch nur mit geringen Mitteln. Tretet einmal aus dem engen Kreise eurer Häuslichkeit heraus, seht euch einmal die Entwicklung der Dinge an, die das Wirtschaftsleben anders gemacht haben. Wenn ihr das nicht tut, ja, sogar den Mann zu Hause einspercht, dann tragt ihr mit dazu bei, daß der Mann mit seinem Denken und Fühlen aus seiner täglichen Beschäftigung überhaupt nicht herauskommt. Ist dann die Entlohnung eine geringe, müssen, um den Verdienste etwas zu erhöhen, Ueberstunden bis in die Nächte hinein gemacht werden, dann kirt man wohl mit den Ketten, die man sich selbst angelegt hat und die man gern zerreißen möchte, aber dazu langt die Kraft nicht aus.

Aber auch viele Männer sind schuld daran, daß die Frauen aus diesem engen Gesichtskreise nicht herauskommen. Auf Fragen über Dinge, die ihnen noch fremd sind, erhalten sie die barische Antwort: „Das geht Dich doch nichts an!“ oder „Das ist meine und nicht Deine Sache.“ Durch einen solchen Ton schaden sich die Männer selbst. Mann und Frau, die gemeinsam Freude und Leid mit einander teilen müssen, müssen sich auch in allen Ansichten zu ergänzen suchen. Hat ein Mann ein dummes Weib, dann muß er versuchen, sie geschickter zu machen, damit sie ihm gleichmäßig in seiner dornenvollen Arbeit zur Hand gehen kann.

ist die Frau klüger, dann muß sie aber auch den Mann auf den Weg weisen, der sie und ihre Familie auf ein besseres Niveau stellen kann.

Nützlich gearbeitet an seinem Geiste, mutig Hineingebungen in alle Phasen des Kampfes im täglichen Leben, tapfer Stand darin gehalten, das sind die Erfordernisse der heutigen Zeit. Wer alles dies praktisch kennen lernen will, der darf nicht nur darüber reden, sondern durch Taten zeigen, wie es gemacht werden muß, damit es anders werde. Der Anfang zu dieser ersten Arbeit kann durch den Beitritt in den Gewerksverein beginnen. Die Frauen, die da noch Bedenken haben sollten, würden recht tun, wenn sie zu ihrer Ansicht darüber auch Spalten dieses Blattes in Anspruch nehmen würden. Ich glaube sicher, daß die Schlussfolgerung nur darin gipfeln könnte: „Frauen! sorgt vor allen Dingen dafür, daß eure Männer in den Gewerksvereinen eintreten, damit endlich die Zeit aufhört, wo ihr über eure schlechte Lage klagt und schimpft, wo endlich durch die Arbeit aller Arbeiter mit eurer Unterstützung, bessere, menschenwürdigere Verhältnisse für euch und eure Familie Platz greifen.“

Die Stellung der Behörden bei Arbeitskämpfen

Ist im Anschluß an den ober-schlesischen Bergarbeiterstreik von der Regierung in der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ nach ihren Grundsätzen folgendermaßen gekennzeichnet worden:

Der Verlauf des ober-schlesischen Bergarbeiterstreiks ist bezeichnend für die Zurückhaltung, mit der bei uns von den Behörden verfahren wird, wenn die Ausständigen in ihrem Kampf um wirtschaftliche Forderungen sich der Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige oder sonstiger Ausschreitungen enthalten. Selbstverständlich liegt bei solchen Arbeiterbewegungen dem Staate die Pflicht ob, für Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und vor allem auch für den Schutz der Arbeitswilligen Sorge zu tragen. Das ist in erster Reihe Aufgabe der Polizei, zu deren Unterstützung bei uns militärische Hilfe, im Gegensatz zu der hier und da in anderen Ländern geübten Praxis, nur dann herangezogen wird, wenn ihre eigenen Kräfte zur Wahrung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit nicht ausreichen sollten. In Oberschlesien, wo ein militärisches Einschreiten überhaupt nicht in Frage gezogen wurde, ist auch die polizeiliche Exekution mit der größten Zurückhaltung gehandhabt worden, und das wird stets bei Ausständen geschehen, die, wie hier, nach außen hin in ruhigen Formen verlaufen.

Diese Erklärung wird, soweit sie für die Zukunft verbindlich ist, mit Genehmigung aufgenommen werden. Sind doch die Klagen über unzumutbares Vorgehen der Polizei in Lohnkämpfen in den letzten Jahren immer wiederkehrend. Die gesamte linksstehende Presse hat mit aller Deutlichkeit auf diese Tatsachen hingewiesen. Man braucht ja nur auf den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet hinzuweisen. Die Zeitstellung dieser Vorkommnisse durch den Kollegen Gleichauf war es ja auch, was die Regierungsvertreter veranlaßte, auf dem Verbandstage den Saal zu verlassen.

Ob übrigens der ober-schlesische Bergarbeiterstreik besonderen Anlaß geben konnte, die Haltung der Arbeiter lobend hervorzuheben, muß nach den neueren Meldungen über Vorkommnisse beim Abbruch des Kampfes leider bezweifelt werden. So anerkennt man den anfänglich ruhigen Verlauf des Streiks war, so wenig konnte es doch überraschen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nur unter ziemlich großen Unruhen erfolgt ist. Die Erbitterung gegen die polnische Berufsvereinigung, deren Geldstrafe völlig versagt hat, die Wut gegen die unumschmeiblichen und jetzt vielfach maßregelnden Grubenbesitzer, die unausbleibliche Not nach dem Abzug der Vertragsbruchstrafe von 6 Schichtlöhnen und Entziehung der Deputatlohn auf 1 Jahr: all dies in Verbindung mit der leidenschaftlichen Herbeiführung der drei deutschen Gewerkschaften, die sich natürlich den Zusammenbruch der polnischen Konföderation zuzumuten machen wollen, hat zu zahllosen häßlichen Versammlungen, wilden Zusammenstößen, Bedrohungen polnischer Arbeiterführer usw. geführt. Es heißt sogar, an manchen Orten hätten die polnischen Arbeiterfrauen ihre Kinder in den Höfen der Zechenverwaltungen abgesetzt und den Grubenbesitzern anheimgelassen, sie zu verzeihen. Das sind Begleiterscheinungen großer Wirtschaftskämpfe, wie sie schon manchmal vorgekommen sind und in ihrer Tragweite nicht übersehen werden sollen. Aber es ist bedauerlich, daß diese Ereignisse gerade in dem Augenblick eingetreten sind, wo die Regierung sich grundsätzlich zu einer zu ruhigen und zurückhaltenden Auffassung über die Stellung bei Lohnkämpfen ausdrücklich bekennet.

Bodenreform und Sozialismus.

Daß die jetzt vielfach aufgestellte Behauptung, daß die Bodenreform zum Sozialismus führe, gibt es nicht eine bessere Antwort, als die von dem Herrn Abgeordneten Dr. Meißner. Dem verehrten Altkämpfer antwortete er, dem Herrn, den unter Götzig von Lorenz aus besonderem Vertrauen auf dem Reichstag in der Debatte berufen hat, und den er in der Erklärung des Abgeordneten aus-

zeichnete. Dieser Vaterlandsfreund, dessen nationale Gesinnung in tausend schweren Stunden unseres Volkes sich bewährt hat, dieser Gelehrte, dessen Sachkenntnis auch wohl kein Gegner bestreiten wird, hat im „Jahrbuch der Bodenreform“ (II, 2) einmal grundsätzlich die Frage „Bodenreform und Sozialismus“ behandelt, und ist dabei zu folgendem Schluß gekommen:

„Was in der ganzen neueren Entwicklung unseres innerpolitischen Lebens das erfreulichste ist bei so manchen unerfreulichen Erscheinungen, wie sie leider vielleicht im Charakter des deutschen Volkes liegen: die ewige Parteierregung, die fürchtbare Streit- und Zankucht und anderes mehr — was das erfreulichste ist, das ist das Emporringen des sozialen Gedankens! Wir dürfen uns in Deutschland rühnen, das lange vernachlässigte Gebiet des Arbeiterschutzes in der Gesetzgebung unter große soziale Gesichtspunkte gebracht zu haben. Es genügt ja noch nicht, was auf diesem Gebiete schon geschaffen worden ist. Aber es haben sich die Verhältnisse ganz bedeutend gebessert und gelichtet.“

Wir haben das zweite große Gebiet gut beachert, und wir sind auf diesem Gebiete die Pioniere gewesen, indem wir das Banner der Arbeiterversicherung erhoben haben, und zwar, das muß auch gegenüber der Sozialdemokratie hervorzuheben werden, diese Versicherung in einem so großen Umfange und relativ so gut durchgeführt, daß es die Bewunderung jedes fremden, objektiv urteilenden Politikers erregt, so daß auch Engländer und Franzosen, sonst wahrhaftig nicht unsere Freunde, das anerkennen.“

Wir haben auf dem Gebiete der Finanzen, der Steuergesetzgebung soziale Gesichtspunkte mit Zug und Recht und mit Konsequenz zur Geltung gebracht; nur noch nicht genügend, wie z. B. der Kampf um die Erbschaftsteuer zeigt, aber doch immerhin so, daß wir sagen können: Stehen wir auch in dem und jenem fremden Völkern nach, in vielen Punkten stehen wir, auch in der sozialen Ausgestaltung unserer Finanzen und unseres Steuerwesens, ihnen voran.“

Wenn wir nun daran ein so großes Gebiet wie das der Bodenreform anknüpfen, mit all den Punkten und Forderungen, wie sie in höchst vorbildlicher Tätigkeit, insbesondere von ihrem Vorsitzenden Herrn Damaschke, verfolgt werden; wenn wir in Verbindung mit dem auf anderen Gebieten Erreichten die Bodenreform durchführen, so daß wir auch von den Gewinnen, die dem Einzelnen zufallen, im wesentlichen kraft Zufalls, einen maßigen Teil — auch nach den radikalsten Plänen soll ja nicht über 50% hinausgegangen werden — für die Gemeinschaft heranziehen, dann treiben wir gesunde Sozialpolitik. Man mag das „Sozialismus“ nennen, das bleibt sich gleich — auf dem richtigen Wege sind wir!“

Der Stillstand der Sozialdemokratie.

Die Empfindung, die man schon seit längerer Zeit hatte, daß die Berliner Sozialdemokratie den Höhepunkt ihrer Entwicklung überschritten habe, wird durch den Bericht des „Vorwärts“ über die sozialdemokratische Generalversammlung der sechs Berliner Reichstagswahlkreise bestätigt. In erster Linie wurde geklagt über eine Abnahme des Abonnements des Zentralorgans „Vorwärts“ und über mangelhafte Zahlungen der Abonnementsgelder. Aber auch die Mitgliederzahlen befinden sich vielfach in einer absteigenden, in keinem Wahlkreise in einer besonders bemerkenswerten aufsteigenden Linie.

In zweiten Wahlkreise beträgt die Zunahme der Mitglieder nur 146 Personen; dagegen ist die Abnennenzahl des „Vorwärts“ um fast 600 gesunken. Im dritten Wahlkreise war eine Mitgliederzunahme von 137 zu verzeichnen. Im vierten Reichstagswahlkreise wurde die „bedauerliche Tatsache“ eines erheblichen Rückganges der Mitglieder verzeichnet. Der Wahlverein hat dort nicht weniger als 126 Mitglieder eingebüßt. In folgedessen verminderten sich auch die Einnahmen nicht unerheblich. Sehr geklagt wurde ferner über den „auffälligen Rückgang“ an „Vorwärts“-Abonnenten. Der vierte Kreis habe 1500 Abonnenten weniger als im Vorjahre! Auch im fünften Wahlkreise ist der Fortschritt nur ein ganz minimaler, während die Einnahmen und Ausgaben geringer geworden sind. Der Stand der Parteipresse wird direkt als „ungünstig“ gekennzeichnet, man müsse offen zugestehen, daß die Verbreitung des „Vorwärts“ zurückgegangen sei. Der Abgeordnete Wols hob hierbei pessimistisch hervor, daß, was über den fünften Kreis gesagt sei, auf ganz Groß-Berlin zutreffe. Zu den Reichstagswahlen sei die Abnennenzahl insgesamt 172 000 gewesen, beim Beginn des letzten Geschäftsjahres 161 000, und jetzt seien es nur 156 700. Hinsichtlich des sechsten Wahlkreises wurde hervorgehoben, daß über 5000 männliche und beinahe 700 weibliche Mitglieder wegen Beitragsresten hätten gestrichen werden müssen. Die geringe Mitgliederzunahme ist nur durch die Vermehrung der Zahl der weiblichen Mitglieder zustande gekommen.

Man sieht aus den Darlegungen, daß auch die sozialdemokratischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Der gewaltige Körper der sozialdemokratischen Organisation ist offenbar nur durch unaufgegebene Agitationsarbeit und durch starke politische Sensationen in seinem derzeitigen Bestande

zu erhalten. In politisch weniger erregten Zeiten lockert sich auch hier die Disziplin und der Zusammenhalt bis zu einem gewissen Grade. Diese Erscheinung sollte für alle Gewerksvereiner ein Anreiz sein, der eigenen Organisationsarbeit mehr Vertrauen zu schenken und nicht dem pessimistischen Glauben zu verfallen, daß die Sozialdemokratie und freie Gewerkschaft, wo sie einmal Fuß gefaßt hat, unter keinen Umständen wieder aus ihrer Machtposition zu verdrängen sei.

■ Rundschau. ■

Am Arbeitsmarkt der deutschen Großstädte spiegelt sich das teilweise Abflauen der gewerblichen Konjunktur und die Depression im Baugewerbe recht deutlich in einer ungünstigen Entwicklung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage. Die Andrangsziffern sind fast überall wesentlich höher als im Vorjahre. Naturgemäß ist auch der Grad der Arbeitslosigkeit ein dementsprechend hoher. In den wichtigsten preussischen Großstädten kamen auf je 100 offene Stellen in den Monaten Februar und März 1912 und 1913 durchschnittlich Arbeitsuchende:

	1912		1913	
	Febr.	März	Febr.	März
Berlin.....	146,35	119,32	168,69	152,81
Breslau.....	168,81	167,91	247,29	199,04
Magdeburg...	176,82	142,19	180,71	148,96
Königsberg a. W.	140,07	109,88	129,30	123,04
Wien.....	143,32	141,34	148,46	123,40
Düsseldorf....	134,48	152,32	132,19	104,10

Für die hauptsächlichsten außerpreussischen Großstädte berechnete sich der Andrang, wie folgt:

	1912		1913	
	Febr.	März	Febr.	März
München.....	159,00	139,82	223,99	191,96
Mürnberg.....	200,83	183,34	290,50	237,94
Dresden.....	149,91	112,90	174,55	159,91
Leipzig.....	147,94	112,75	168,23	148,26
Stuttgart.....	107,48	93,11	113,58	105,28

Die von Februar auf März 1913 eingetretene Besserung war wesentlich geringer als in früheren Jahren.

Öffentliche Abstimmung im Deutschen Holzarbeiterverband. Zu diesem Thema schreibt der Berliner „Volksgaz.“ der Vorsitzende der Berliner Geschäftsbienner- und Packer-Bereinigung unter dem 30. Mai 1913 folgendes:

Werte Redaktion!

Zu dem unter dem 30. dieses Monats erschienenen Artikel des Holzarbeiterverbandesmitglied habe ich folgendes zu bemerken:

Im Jahre 1906 veranstaltete der Vorstand des ehemaligen Vereins Berliner Hausdiener von 1883 im Auftrage des Transportarbeiterverbandes, Engelhofer, genau dieselbe Urabstimmung auf offener Parte auf Anschluß an den Transportarbeiterverband, wo jedes Mitglied, ja oder nein, durch Unterschrift bestätigen sollte. Da uns weder das Statut, noch ein Versammlungsbeschuß, noch ein Antrag darüber bekannt war, so darf ich voraussetzen, warum diese Schiebung gemacht wurde. Und so ging der 8000 Mitglieder zählende Verein bei 4500 Stimmenthaltungen mit 143 Stimmen Majorität zum Transportarbeiterverband über, ohne Gegenkontrolle, ohne unparteiische Wahlbeobachtung, mit 78000 M. Bankguthaben, ohne alles übrige; Bibliothek, Bureau usw. war der Siegespreis.

Als wir gegen diesen Gewaltakt opponierten und einen gerichtlichen Beschluß auf nochmalige Abstimmung ersuchten, mietete man Bugenhagen Marktplatz für 8000 Mitglieder; dieses Lokal wurde um 6 Uhr von befreundeten Mitgliedern anderer Zentralverbände, denen man 1500 Stück Mitgliedsbücher des Hausdienervereins unerlaubterweise zugesandt hatte, besetzt; unsere Mitglieder, die erst um 8—9 Uhr dort erschienen und nicht mehr hinein konnten wegen Überfüllung, mußten auf dem Marktplatz stehen. Diese falschen Mitglieder, was durch Zeugen bewiesen war, stimmten über den Verein ab und gleichzeitig auf Ausschluß aller derjenigen, die dagegen waren und so bekamen wir den blauen Brief. Dieser Gewaltakt, geschah durch diejenigen, die Straßendemonstration für das geheime gleiche Wahlrecht veranstalteten. Der Genosse aus dem Holzarbeiterverband, der sich in der Volksgaz. beschwert hat, möge sich mit uns trösten!

Die Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes Berlin behält ihren erhöhten wöchentlichen Beitrag von 1,25 M. bei. Vor der großen Tarifbewegung erhöhte die Zahlstelle Berlin ihren Beitrag von 1 M. auf 1,25. Der Bevollmächtigte Locke gab damals das Versprechen, daß nach der Bewegung eine erneute Abstimmung vorgenommen werden sollte. Diese ist jetzt erfolgt und hat mit ganz schwacher Majorität und schwacher Beteiligung nachstehendes Resultat gezeitigt. Es sind 5799 Stimmen für die Beibehaltung des Beitrages von 1,25 Mark und 5382 Stimmen für die Herabsetzung auf 1,15 Mark abgegeben worden. — Der Vorsitzende Locke bemerkte dazu: Die Mehr-

heit habe sich also für **W e i b e h a l t u n g** des bisherigen Beitrages entschieden. Aber da eine sehr große Mehrheit sich für Herabsetzung sei, so möge die Versammlung sich darüber aussprechen, ob der Wille der Mehrheit in diesem Falle Geltung haben solle. — In der Diskussion wurde abfällig bemerkt, daß auf den Stimmgeldern die Angabe des Namens und der Buchnummer des Abstimmanden vorgeschrieben war. — Demgegenüber wies **G l o c k e** darauf hin, daß diese Einrichtung nichts Neues sei und nicht von der Ortsverwaltung ausgehe. Das Schema der Stimmgeld sei vom Hauptortstand vorgeschrieben. (1) Seit 1902 seien alle Urabstimmungen mit Angabe des Namens und der Buchnummer vollzogen worden, ohne daß jemand Anstoß daran genommen habe. Wenn aber die Generalversammlung beschließen wolle, daß in Berlin künftig ohne Angabe von Namen und Buchnummer abgestimmt werden solle, so stehe dem nichts entgegen.

Einige Anträge waren eingegangen, die im Gegensatz zur Urabstimmung eine Herabsetzung des Beitrags verlangten. Die Versammlung beschloß fast einstimmig, über diese Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Der Beschluß der Urabstimmung, es bei dem Beitrage von 1,25 Mark zu belassen, bleibt also bestehen. — Ferner beschloß die Versammlung, daß bei künftigen Urabstimmungen Name und Buchnummer nicht mehr anzugeben sind. — Wie mitgeteilt wurde, sind schon bei dieser Urabstimmung die Zettel ohne Namen und Buchnummer als gültig zugelassen worden.

Die einigungsamtliche Tätigkeit der bayrischen Gewerbegerichte 1912. Neben der rechtlichen Behandlung von 7815 Streitigkeiten — darunter 447 Klagen der Arbeitgeber — traten die 71 Gewerbegerichte als Einigungsamt in 151 Fällen in Wirksamkeit (in den Vorjahren seit 1904: 47, 78, 155, 127, 146, 137, 181, 152 Fälle). Die Anrufungen erfolgten von beiden Seiten in 55 Fällen, nur von den Arbeitgebern in 7 und nur von den Arbeitnehmern in 89 Fällen. Eine Vereinbarung wurde in 83 Fällen erzielt, ein Schiedspruch in 9 Fällen, dem sich in 7 Fällen beide Teile unterwarfen. Auf München entfielen 101 Anrufungen, 62 Vereinbarungen, 1 Schiedspruch, auf Nürnberg 12 Anrufungen und 8 Vereinbarungen.

Wirtschaftsfriede nennt sich ein Wochenblatt in Saarbrücken, das die Organisation der Arbeiter auf der Interessengemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitern aufbauen will. Der Syndikus der Handelskammer von Saarbrücken, Dr. Schlenker, tritt in Ausführungen für diese wirtschaftsrechtlichen Vereinigungen ein, die ganz deutlich verraten, daß er ganz und gar in der Wahrung der Arbeitgeberinteressen aufgeht. Er schreibt in seinem Aufsatz: „An die Stelle der Lehre von der Allmacht der Organisation tritt die Auffassung, daß nur Fleiß, Zuerlässigkeit und Sparsamkeit den Arbeiter frei und zufrieden machen könne und daß die Organisation nur soweit berechtigt sei, als sie die Arbeiter in dieser Beziehung unterstützen und ihnen helfen könne. Und darum trage jeder an seinem Platze und zu seinem Teil dazu bei, die junge Arbeiterbewegung in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu fördern und zu unterstützen, zum Segen für das deutsche Volk!“ Das schreibt Herr Dr. Schlenker lustig zu der Zeit, da die beiden Zentralen der Arbeitgeberorganisationen sich geneigt haben! Wie wäre es, wenn Herr Dr. Schlenker in diesen Kreisen seine wirtschaftliche Moral propagieren würde? Es ist doch geradezu unerhört, wie ein ernst zu nehmender Mann, der von den wirtschaftlichen Kämpfen etwas verstehen sollte, glauben machen will, durch Fleiß, Zuerlässigkeit und Sparsamkeit könne der Arbeiter frei und zufrieden werden! Selbst in guten Zeiten, wie den jetzigen, haben wir Arbeitslose genug, die ohne ihre starke Organisation noch schlimmer daran wären, als sie es so wie so schon sind. Man muß dem Kampf der Arbeiterfamilien um ihre bescheidene Existenz schon arg fremd und teilnahmslos gegenüberstehen, wenn man solche Anschauungen zu propagieren unternimmt. Eine starke und möglichst einheitliche Arbeiterorganisation ist dringend nötig und jeder Spaltungsversuch ist von einem höheren wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus zu verwerfen.

Auf dem Wege zur Halbhunderterschule! Ueber das Volksschulwesen in Deutschland geben Erhebungen Aufschluß, die alle fünf Jahre von den Vorständen der landesstatistischen Ämter der einzelnen Bundesstaaten auf einheitlicher Grundlage vorgenommen werden. Die letzte Statistik stammt aus dem Jahre 1911 und läßt die große Bedeutung erkennen, die der Volksschule für das gesamte Leben der Nation beigemessen werden muß. Die Zahl der öffentlichen Volksschulen betrug im Jahre 1911 nicht weniger als 61557. Vollbeschäftigte Lehrer gab es 148217, Lehrerinnen 39268. Die Zahl der Schüler und Schülerinnen belief sich zusammen auf 10309949. Außerordentlich bemerkenswert ist die Zunahme der vollbeschäftigten Lehrerinnen. Sie hat sich gegen die letzte Erhebung im Jahre 1906 um etwa ein Viertel vermehrt. Ueberhaupt ist die Zahl der Lehrer und Lehrerinnen in den letzten zehn Jahren erfreulich rasch gestiegen aus die Zahl der

Schulkinder, so daß sich das ziffermäßige Mißverhältnis zwischen Schülerzahl und Zahl der Lehrkräfte etwas gemildert hat. Im Jahre 1901 kamen auf jede Lehrkraft in den öffentlichen Volksschulen Deutschlands durchschnittlich 60,9 Schulkinder. Im Jahre 1906 war diese Ziffer auf 58,4 zurückgegangen, und im Jahre 1911 kamen auf jede Lehrkraft nur noch 54,9 Schüler. Das sind zwar Fortschritte, die nicht verkannt werden dürfen; aber trotzdem ist auch die Zahl von 54,9 Schülern auf eine Lehrkraft noch recht groß. Dann aber darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß in einzelnen Landesteilen noch recht starke Unterschiede vorhanden sind. In Preußen kamen z. B. im Jahre 1911 noch durchschnittlich 56,5 Schulkinder auf eine Lehrkraft, in Bayern 56,7, in Württemberg 57,8, im Königreich Sachsen 54,7. Auch innerhalb Preußens zeigen sich starke Schwankungen. Wenn sich auch ein völliger Ausgleich nicht schaffen läßt, so müßte doch dafür gesorgt werden, daß die noch bestehenden trassen Mißverhältnisse beseitigt werden. Die Halbhunderterschule müßte überall als unübersteigbare Höchstgrenze gelten.

Kinematograph und Berufswahl. Wie des Feuers Macht nur wohlthätig ist, bei des Menschen Begehrung und Bewachung, so hat auch das Kino nur einen Bildungswert, wenn es im Dienst der Bildung tätig ist. Eigenartig ist der Versuch, das Kino zu einer Hilfsquelle bei der Berufswahl zu machen. Der Verband märkischer Arbeitsnachweise, der sich bemüht, neben der Lehrstellenvermittlung auch das Verständnis dafür zu wecken, daß es für das Fortkommen eines Schulentlassenen besser ist, wenn er auf seine Ausbildung statt auf ein schnelles Mitverdiensten Wert legt, hat sich der Aufgabe unterzogen. Um nun den Sinn für das Handwerk, das ja auch vielfach noch die Grundlagen für die Industriearbeit des Großbetriebes liefert, zu heben, ist dieser Verband märkischer Arbeitsnachweise dazu übergegangen, das Kino im Dienst der Berufswahl zu stellen. Vor geladenen Gästen, Vertretern von Behörden, der Lehrerschaft, von Jugendpflegeverbänden der Organisationen, die sich mit der Berufsberatung beschäftigen, Eltern und Schülern hat man kinematographische Vorführungen veranstaltet. Hier Berufs wurden zunächst im Anschauungsunterricht vorgeführt: Buchbindererei, sowohl in handwerksmäßiger Art wie mit den reichen maschinellen Einrichtungen des Großbetriebes, Stellmacherarbeit bei der Herstellung eines Automobilwagenkastens, Süssschmelzerei, Kunstschlosserei. Eine kurze einleitende Ansprache über die geschichtliche Entwicklung des Gewerbes, sowie über den gegenwärtigen Stand am Orte und Angaben über Lohn und Arbeitszeit, gingen jeder Vilderreihe voraus. Man erkennt hier einen Versuch, der aller Anerkennung wert ist. Besonders manche Großstadtkinder erhalten da einen wichtigen Einblick in Dinge, die sie doch nur selten kennen zu lernen Gelegenheit haben. Aber auch in anderen Orten kann ein solcher Anschauungsunterricht bei der Berufswahl gute Dienste leisten. Darum kann man nur wünschen, daß auch andere Stellen dieser Frage näher treten, und man so das Kino in den Dienst einer Sache stellt, die nützlich in mehrfacher Hinsicht ist.

Arbeiterversicherung und Armenlasten. Inwieweit durch die Arbeiterversicherung die Armenverwaltung entlastet wird, darüber fehlt es bei uns an sicheren Zahlen. Denn niemand kann genau sagen, wie sich die Armenlasten gestalten hätten, falls wir der Arbeiterversicherung entbehren. Dagegen ist in Großbritannien der Arbeiterchutz in den letzten Jahren und in verhältnismäßig kurzer Zeit geschaffen worden, so daß man dort wohl Vergleiche ziehen kann. Aus einer Rede, die der frühere Lokomotivschlosser und jetzige liberale Minister **S o h n B u r n s** am 24. April in Manchester gehalten, seien folgende Zahlen entnommen. Vor Einführung des Altersversorgungsgesetzes, das jeder 70 Jahre alten, unbemittelten Person einen wöchentlichen Ruhegehalt von fünf Mark gewährt, waren 61000 Leute über 70 Jahre in den Altersheimen, jetzt sind es nur noch 49000, eine Verminderung von 20 Prozent. Die Zahl der durch Geld von der Armenverwaltung unterstützten alten Leute sank von 168000 in 1906, auf nur 8563 in 1913, eine Abnahme von 95 Prozent. Die gesamte Zahl der von der Armenverwaltung unterstützten oder unterhaltenen alten Leute fiel von 230000 auf 57000, oder um 75 Prozent. Dafür zahlt der Staat aus allgemeinen Steuermitteln 240 Millionen Mark an Ruhegeldern. Von tausend alten Leuten über 70 Jahre erhalten 640 das Ruhegeld. Davon sind 60 Prozent Frauen.

Er zahlte nicht gern. Ueber einen neuen Fall agrarischer Steuerhinterziehung wird aus Liegnitz berichtet: „Ein Großgrundbesitzer im Kreise Liegnitz plagt und schindet sich auf der ererbten Scholle und vermag es trotz aller Mühe nur bis zu einem Jahreseinkommen — laut Steuerdeklaration — von 1000 Mark zu bringen. Demgemäß zahlt er Staatseinkommensteuer: sechs Mark im Jahre. Plötzlich verfrachtet aber im Jauer ein altes Bankhaus, und der arme Tausendmarkagrarier meldet 150000 Mark Forderungen zur Konkursmasse an. Des Rätsels Lösung war nach der „Vestl. Zig.“ folgende: Der „Notleidende“ hatte auf sein Gut eine Hypothek aufgenommen und dieses Hypothekengeld sofort in gut verzinslichen Papieren angelegt. Bei der Steuer-

deklaration hat er nun zwar die Zinsen für die Hypothek vom Einkommen abgezogen, die viel höhere Zinsentnahme aus den Wertpapieren aber schämig verschwiegen. Statt, wie er eigentlich müßte, 7000 Mark Einkommen zu versteuern, gab er seit Jahren nur ganze 1000 Mark an; und statt 176 Mark Staatseinkommensteuer zahlte er nur 6 Mark.“ — Das sind die Kreise, die unser Volk regieren!

Ein Bekenntnis. „Einmal aus dem Rausch der Ueberschätzung unserer selbst herauszutreten und nüchtern die wahre geistige Lebenslage unserer Reichen zu untersuchen, wäre wünschenswert.“ Mit diesen Worten leitet Wilhelm Mühsche einen Aufsatz in den Sozialistischen Monatsheften (6. Heft 1913) ein, der sich betitelt: „Wie und nach welcher Richtung entwickelt sich das Lesebedürfnis der Arbeiterschaft?“ Der Verfasser hat der Beantwortung seiner Frage eine genaue Statistik über die Benutzung der Bibliothek des Berliner Holzarbeiterverbandes, einer — wie er sagt — Durchschnittslehre unter der organisierten Arbeiterschaft — zugrunde gelegt. Und diese Statistik führt ihn zu folgendem Ergebnis: Von je 100 Bücherverleihen entfielen auf die Gruppe „Naturwissenschaften“ 1891 13,5 Proz., 1911 3,4 Proz., auf die Gruppe „Sozialwissenschaften“ 1891 22,7 Proz., 1911 2,2 Proz., auf „Geschichte“ 1891 7,3 Proz., 1911 8,2 Proz., auf „Philosophie“ 1891 1,1 Proz., 1911 0,9 Proz., auf „Dichtung“ 1891 12,6 Proz., 1911 4,5 Proz., auf „Reisebeschreibungen usw.“ 1891 28,2 Proz., 1911 12,6 Proz. Hingegen auf „Romane usw.“ 1891 14,6 Proz., 1911 70,4 Proz. Nun darf der Verfasser sicher mit Recht darauf verweisen, daß die geistige Erziehungsarbeit seiner Partei durch einen starken Mitgliederzuwachs immer wieder aufgehoben wird. Wir können uns auch nicht erlauben, daß das Lesebedürfnis anderer, als sozialdemokratischer Kreise sich nach einer besseren Richtung entwickelt hätte. Es ist schließlich an und für sich ein Erfolg, — gleichgültig, um welche politische Stellung es sich handelt — wenn das Lesebedürfnis überhaupt in weiteren Kreisen wach wird, und durch geordnete Bibliotheken befriedigt werden kann, auch wenn es sich anfangs lediglich auf Romane beschränkt. Aber die prognostische Abnahme aller Lesefreude, die dieses Nachdenken erfordert, preßt dem Verfasser des Aufsatzes ein Urteil ab, das ein Schlaglicht auf die Verfassung und auf die innere Geschlossenheit der sozialdemokratischen Partei wirft. Er sagt nämlich:

„Die große Mehrzahl der Arbeiter trottet im allgemeinen Zuge mit, läßt sich von der Bewegung führen, ohne danach zu fragen, wohin wir eigentlich treiben, ohne sich im geringsten Klarheit darüber zu verschaffen, ob und weshalb wir dem Sozialismus entgegengehen.“ Dieses bittere Urteil rechtfertigt, so schreibt der „Fortschritt“, wie kein zweites Wort die allgemeine Ansicht, daß die Macht der Sozialdemokratie weniger auf dem „überzeugten Glauben an den Sozialismus“, als auf einer Massenuggestion beruht, von der die „Mitläufer“ wie von einer Modesucht ergriffen sind.

Gegen den Schnaps im Heere! Der Genuß von konzentriertem Alkohol in der Armee ist in den letzten Jahren dank den allgemeinen Mäßigkeitsbestrebungen und den in der ganzen Armee getroffenen Gegenmaßnahmen so erheblich zurückgegangen, daß man von einem Mißbrauch gar nicht mehr sprechen kann. Um aber noch ein übriges zu tun, werden, wie die „Mil.-pol. Korrespondenz“ meldet, jetzt vom Kriegsministerium an sämtliche Soldaten kostenfrei Merkblätter verteilt, die an der Wand von Beispiel die schlimmen Folgen des übermäßigen Alkoholgenusses und die sich daraus ergebenden militärischen Vergehen schildern. Vom Herbst d. J. ab werden diese Merkblätter jährlich an die neu eingestellten Rekruten verteilt werden.

Patentschau.

- Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 59. — Auskünfte kostenlos.
- Erteilte Patente:**
- RI. 34i. 261110. Beschlag zum lösbaren Verbinden und Zusammenziehen von Möbelteilen. Franz Ehrhardt, Frankfurt a. M. Angem. 20. 10. 12.
 - RI. 68b. 261166. Schieberfenster mit am Schieber sitzenden, bogenförmig gekrümmten und in ihrer Mitte befestigten Federn. Josef Hilgart, Höhenbrunn b. St. Oswald, N. Bay. Angem. 23. 4. 12.
 - RI. 75c. 261197. Verfahren zum Zmittieren von Holzmasern. Robert Odenbruch, Nürnberg, Zerkabelshof. Angem. 4. 8. 12.
- Gebrauchsmuster:**
- RI. 38b. 552919. Sicherung der hochgeklappten Abrichtische an kombinierten Abricht- und Dichtenobelmaschinen. Anton Dörner, Leipzig-Neuditz. Angem. 18. 4. 13.
 - RI. 38b. 552920. Spanneführung beim Abrichten an kombinierten Abricht- und Dichtenobelmaschinen. Anton Dörner, Leipzig-Neuditz. Angem. 18. 4. 13.
 - RI. 38c. 553514. Schleifmaschine für Holzleile u. dgl. Heinrich Hammer, Erbach b. Ulm a. D. Angem. 23. 4. 13.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. Der hiesige Ortsverein hielt am Sonntag, den 8. Juni, im Verbandsbause eine allgemeine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand neben Erziehung eines Beisitzers und Wahl der Bezirkskommission, der Bericht des Kollegen Schumacher über den Verbandstag. Als Beisitzer wurde Kollege Axt, während in die Bezirkskommission die Kollegen Otte, Mitsch und Kessel gewählt wurden. Der Kollege Schumacher gab dann in längeren Ausführungen den Bericht vom Verbandstag; er legte den Hauptwert auf die gehaltenen Referate. Die Hauptpunkte derselben sind unsern Kollegen schon durch unser Organ bekanntgegeben. Besonders freudig wurde allseitig die feste Haltung des Verbandstages gegenüber den Regierungsvertretern begrüßt. Bedauert wurde das Vorkommnis mit der Presse, wobei besonders hervorgehoben wurde, daß Kollege Lewin bei der Kritik der Presse die „Berliner Volkszeitung“ nicht genannt und auch nicht gemeint hat, so daß dieselbe keine Ursache hatte sich beleidigt zu fühlen. Betreffs des Referats über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, welches der Kollege Schumacher auf dem Verbandstage gehalten hat, wurde nochmals mit aller Bestimmtheit festgestellt, daß der Paragraph 10 des Schiedspruchs bei unserer Tarifbewegung ohne unser und der Christlichen Zukun und Einfluß in den Schiedspruch hineingekommen ist, und es ist eine ziemlich gewagte Behauptung des Holzarbeiterverbandes wenn behauptet wird, es sei vor dem Schiedspruch eine prinzipielle Einigung der betreffenden Organisationen in der Arbeitsnachweiserfrage erfolgt. Im weiteren wurde lebhaft bedauert, daß die Berufstrennung auf dem Verbandstage nicht die nötige Beachtung gefunden hat, es heißt daher aus selber helfen. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Schumacher für seinen interessanten Vortrag.

Danzig. Am 22. Mai hielten wir im Lokale des Bildungsvereins eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher Bezirksleiter Kollege Volkman-Berlin einen Vortrag über: „Die Wirkungen der letzten Tarifbewegung im Holzgewerbe auf das öffentliche Leben“, hielt. Der Vorsitzende Kollege Gosda hieß Kollegen Volkman in Danzigs Mauern herzlich willkommen, und erteilte ihm das Wort zu seinem Vortrage. Redner schilderte in leichtverständlicher Weise den Verlauf der Tarifbewegung. Er hob besonders hervor, daß die öffentliche Meinung in der Presse sich in ungezählter Weise mit dieser Bewegung beschäftigt hat. Fast kein Tag sei vergangen, in dem nicht in dieser oder jener Tagespresse auf die Schwere des bevorstehenden Kampfes, auf die Entziehung des Nationalvermögens u. dergl. hingewiesen sei. Referent ging dann näher auf die scharfmacherische Gelüste der Arbeitgeber ein, die aber an der ruhigen und sachlichen Haltung der Arbeiterorganisationen abprallten. Einzelnd schilderte Redner unsere Stellungnahme zum Obligatorium des paritätischen Arbeitsnachweisers, das nun auch dank unserer festen Haltung beseitigt ist. Den ganzen Vertragsabschluß bezeichnete Kollege Volkman als ein gewaltiges Kulturwerk, auf dessen Baufuß sich weiter bauen läßt. In der darauffolgenden Debatte wurden örtliche Beschwerden vorgebracht, u. a., daß der Akkordtarif noch nicht fertiggestellt ist. Kollege Gosda gab hierzu Auskunft. In seinem Schlußwort ging Kollege Volkman noch auf die Vorgänge beim Verbandstage ein. Reicher Beifall lohnte dem Referenten, und wurde die Hoffnung ausgesprochen, wenn derselbe wieder in die Nähe käme, er Danzig nicht vergessen möge.

A. Berner, Schriftführer.

Duisburg. Der im Jahre 1910 für Duisburg abgeschlossene Vertrag ist mit dem 1. April dieses Jahres gekündigt worden und läuft am 1. Juli

ab. Daß der Vertrag in mancher Hinsicht Mäßen aufwies, lag an den damaligen Verhältnissen, unter welchen der Vertrag zustande kam. Dieß das Organisationsverhältnis manches zu wünschen übrig, und war es einer der Hauptmängel, die es den Organisationen nicht ermöglichte, mehr für die Kollegen heraus zu holen, so ist dieses im Laufe der Vortragsdauer doch anders geworden. Der übergroße Teil hat in dieser Periode den Wert der Organisation erkannt und sich derselben angeschlossen. Unzweifelhaft ist die heutige Stellung der Kollegen eine ganz andere geworden und wird die Organisation dieses auch zu würdigen wissen. Ob es gelingen wird, bei den späteren Verhandlungen, wenn es dazu kommen soll, friedlich mit den Arbeitgebern auseinander zu kommen, was nebenbei bemerkt im Interesse unseres Gewerbes liegt, wollen wir dahin gestellt sein lassen. Für die Kollegen heißt es jetzt, alles aufzubringen, damit die noch Fernstehenden der Organisation zugeführt werden, denn auch diese wollen die Früchte unserer Arbeit einheimen. Wenn in dieser Hinsicht jeder Kollege seine Pflicht tut, dann können wir mit Ruhe der Dinge entgegen sehen, die nun kommen werden. Wir müssen bestrebt sein, für die in den letzten Jahren verteuerten Lebensbedingungen einen Ausgleich zu schaffen, dieses kann nur dadurch geschehen, wenn es uns gelingen wird, einen für die Duisburger Verhältnisse angepassten neuen Vertrag zustande zu bringen.

Siegen. Allmählich scheint auch bei den Kollegen im Siegerland das Bedürfnis vorhanden zu sein, seine Lohn- und Arbeitsbedingungen einmal einer Revision zu unterziehen. Daß bei dieser Gelegenheit mancher enttäuscht wurde, ist begreiflich. Arbeitszeiten bis zu 63 Stunden wöchentlich und Löhnen von 40-42 Pf. pro Stunde sind keine Seltenheiten. Die durch solche Verhältnisse geschaffene Situation blieb denn auch nicht ohne Wirkung auf die Kollegen. Die von uns eingeleitete Agitation hatte dann auch Erfolg, indem sich eine Anzahl Kollegen uns angeschlossen. In einer stattgefundenen gemeinsamen öffentlichen Versammlung, die gut besucht war, wurde dann zur Einleitung einer Lohnbewegung Stellung genommen. Das Resultat der Versammlung war, daß die Organisationen beauftragt wurden, die weiteren Maßnahmen zu treffen. Es liegt nun im Interesse der Kollegen, dafür zu sorgen, daß die uns noch Fernstehenden für unsere Organisation gewonnen werden, denn nur dadurch ist es uns möglich, das zu erreichen, was für die Siegerer Kollegen unbedingt nötig ist. Auch den Unorganisierten muß vor Augen geführt werden, daß wir den Kampf ums Dasein nicht führen für einzelne, sondern für die Allgemeinheit. Alle leiden unter denselben Verhältnissen, und da ist es Ehrenpflicht eines jeden, daß er mit uns Schulter an Schulter kämpft für die Besserstellung unserer Lebenslage. Darum nochmals Kollegen, wollen wir zum Ziele kommen, dann arbeitet unermüdet für unsere gerechte Sache, und rufen wir die Kollegen zur gemeinsamen Arbeit mit den Worten auf: Einer für alle, und alle für einen!

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzubalten nach Apolda (Apollowerke), Dortmund (Wagner & Co., Werkzeugmaschinenfabrik), Krynitz (Drechsler).

Dieser Eiferendung liegt ein Flugblatt unserer Zusätzl. Kranken- und Begräbniskasse bei, für dessen Ausbreitung möglichst Sorge zu tragen ist. Bestellungen sind an das Bureau zu richten. Der Hauptvorstand.

Literarisches.

Handbuch für bürgerliche Wohnungskultur. Deutsche Wohnungskunst. Nr. 450. Zeige mir, wie du wohnst und ich will dir sagen, wer du bist. Auch dieses Wort hat für uns heute seine Berechtigung. Wir leben in einer Zeit, künstlerischen und kulturellen Aufschwunges, der sich in unseren Wohnräumen in erster Linie ausdrücken soll.

Einen zuverlässigen Berater für die Klärung und Festigung des guten Geschmacks bei der Ausgestaltung des eigenen Heims hat der bekannte Wohnungskünstler Max Heibrich-Baderborn im Auftrage der Gesellschaft für Heimkultur e. V. (Sitz Wiesbaden - Jahresbeitrag 10 M.) ausgearbeitet, der unter dem Titel „Deutsche Wohnungskunst“, Handbuch für bürgerliche Wohnungskultur mit ca. 200 teils ganzseitigen Abbildungen. Preis M. 3.— (Geschenkbuch Nr. 450 (Porto 30 Pf.) im bekannten Heimkulturverlag, Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H. Wiesbaden erschienen ist, um für Gesellschaftsmitglieder auf Grund einer Stiftung neben drei anderen Büchern und der Illustr. Vereinszeitschrift „Heimkultur“ kostenlos geliefert wird.

Der gut ausgestattete Band enthält auf 180 Seiten eine Auslese hervorragender Innenräume und Einzeilmöbel vom Flur bis zum Schlafzimmer in Beispielen unserer führenden Künstler, darunter Arbeiten von Ballin, Vertsch, Gekner, Heibrich, Junge, Kleinhempel, Korff, Kreiß, Lochner, Albin Müller, Niemeyer, Nikolai, Oberich, Pankof, Bruno Paul, Pöffenbacher, Niemerichmid, Schmoll v. Eisenwerth, Schulze-Naumburg, Zell u. a. m., die zu den besten deutschen Künstlern zählen. Den Begleittext hat Dr. Trampe in feinsinniger Weise geschrieben und so wird uns eine wunderbar schöne kleine Monographie der deutschen Wohnungskultur der Neuzeit geboten, die man als geschmacklichen Wegweiser überall wärmstens begrüßen kann, sowohl für Nichtfachleute als auch für Architekten, Möbelfirmen und Tischler, zumal der Preis des Werkes ein mäßiger ist, so daß es auch als Geschenk für Verlobte weiteste Verbreitung finden muß.

Adressenänderungen.

- Vorsitzender:
Dortmund. W. Edey, Sternstr. 37.
 Schriftführer:
Viberrach. G. Sommer, Ulmer Str. 14.
Bromberg. W. Flier, Werderstr.
Großenhain. A. Seidel, Radeburger Str. 3.
 Kassierer:
Duisburg. G. Stypes, Johannerstr. 41.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Samstag, den 14. Juni 1913: Bezirk Ost und Möbel Tischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Zimmermann, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. Modell- u. Fabrik Tischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Straße 50, Rahlabend. Bezirk Noabit. Abds. 8 1/2 Uhr, Turmstraße 18, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Wiesenklöbchen, Schloßstr. 66, Bezirksverl. mit Vortrag.

Sonntag, den 15. Juni 1913: Einseker. Vorm. 10 Uhr, b. Zimmermann, Kurzestr. 17 (nahe Alexanderplatz), Branchenversammlung. Karten zur Mondsfahrt sind dort in Empfang zu nehmen.

Montag, den 16. Juni 1913: Bezirk Ost und Möbel Tischler. Abds. 8 1/2 Uhr, Vertrauensmännerversammlung b. Zimmermann, Kopenstr. 65. Das Erscheinen sämtl. Vertrauensmänner ist dringend notwendig.

Sonntag, den 21. Juni 1913: Bezirk Koro und Bautischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Rattausch, Brunnenstraße 143, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Bollschlager, Adalbertstr. 21, Rahlabend und Vertrauensmännerversammlung. Bezirk West. Abds. 8 1/2 Uhr, Großdörchenstr. 29, Bezirksversammlung. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Pietsch, Goethestr. 59, Bezirksversammlung.

Vollzähliger Besuch aller Versammlungen ist notwendig. Die Verwaltung.

Anzeigen.

Für den Inzeratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Neuföln.

Wiesbaden, den 21. Juni 1913
 5. Bezirk, Sommerstr. 199
Versammlung.
 Schlußiges Gedenken an den
 Der Ausicht.

Der Arbeitsnachweis des süddeutschen Bezirks
 Herausg. v. H. A. D., Arthardstr. 11.
 Die Berichte der Ortsvereine werden dringend ersucht, diese Zeitschrift den interessierten Kollegen zu übersenden zu lassen; bezogen die Exemplare von dem Haupt-Büreau des Ortsvereins, Neuföln, des Stadtbezirks Neuföln oder anders.

„Die Eiche“
 Organ des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands
Jahrgang 1912
 auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für unsere Mitglieder, Vereinsbibliotheken und Verbandsstellen zum Preise von Mark 3,50 einschließlich Porto zu beziehen durch die Expedition in Berlin NO, Greifswalder Straße Nr. 21-23
 Frühere Jahrgänge kosten nur Mark 2,50 p. Exemplar

Die Deutschen Gewerkevereine im Strome des öffentlichen Lebens

von F. Uarnholt.

Vorzüglich zur Agitation geeignet und den Ortsvereinen zum Vertrieb an die Mitglieder angelegentlich empfohlen. Um den Verkauf zu fördern und für die Ortsvereine lohnend zu gestalten, haben wir den Preis wie folgt festgesetzt:

1 Stück	0,10 M
25 „	2,00 „
50 „	3,50 „
100 „	6,00 „

Die Broschüre soll nicht bloß an unsere Mitglieder, sondern auch an die Mitglieder der anderen Gewerkevereine und an sonstige Arbeiter verkauft werden. Bestellungen sind an das Hauptbureau, Greifswalder Str. 21/23, zu richten. Die Zusendung der Broschüre erfolgt portofrei gegen Voreinsendung des Betrages.